

gehen. Diese Erkenntnis führte in der letzten Zeit der organisierten Antiatombewegung neue Kräfte aus den Reihen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu. Das kam bei den diesjährigen Ostermärschen sichtbar zum Ausdruck. Innerhalb der Gewerkschaften wächst die Bereitschaft, das offene deutsche Gespräch mit den Gewerkschaftern der DDR zu führen, Kontakte und direkte Beziehungen zum FDGB aufzunehmen. Sie fordern eine realistischere Behandlung der DDR in Zeitungen, im Funk und Fernsehen.

Das Friedensstreben der westdeutschen Bauern verbindet sich mit ihrer Opposition gegen die Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung und der EWG. Die jahrelang von Bonn gegen die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR betriebene Hetze verfängt nicht mehr in der alten Weise. Gerade weil der kapitalistische Weg zur landwirtschaftlichen Großproduktion Hunderttausende Klein-, Mittel- und selbst Großbauern ruiniert, wächst bei den westdeutschen Bauern das Interesse für den sozialistischen Weg zur landwirtschaftlichen Großraumpolitik. Davon zeugen steigende Besucherzahlen in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, auf Bauernkongressen und Landwirtschaftsausstellungen der DDR.

Bei Vertretern des Bürgertums und der Intelligenz wächst unter dem Einfluß der Friedenspolitik der DDR die Einsicht in die Notwendigkeit einer sachlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten und einer Politik der friedlichen Koexistenz. Mitglieder und Funktionäre der FDP und auch der CDU/CSU treten für die Anerkennung der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Tatsachen ein, nähern sich der Politik der friedlichen Koexistenz und **fordern verstärkten Handel** mit der Sowjetunion, der DDR und anderen sozialistischen Staaten. Im Verlaufe des offenen deutschen Gesprächs werfen in zunehmendem Maße Angehörige der Intelligenz Fragen auf, die an Doktrinen der Bonner NATO-Konzeption rütteln. Sie erklären die sogenannte Hallstein-Doktrin für historisch überlebt und bezweifeln, daß man, ohne die Vorschläge der SED in Rechnung zu stellen, überhaupt Politik in Deutschland betreiben könne.

Viele westdeutsche Frauen geraten in zunehmenden Gegensatz zur Rüstungspolitik der Bonner Regierung. Sie sind völlig richtig der Meinung, daß durch Verminderung der Rüstungslasten genügend Mittel gewonnen werden können, um ihre Forderungen nach gleichberechtigter Entlohnung, ausreichendem Mutter- und Kinderschutz und einer den An-